

Alle wollen AKW-Sicherheit - aber wie?

Neue Atomkraftwerke sind vom Tisch, die Lebensdauer der bestehenden will der Ständerat aber nicht begrenzen

VON ANTONIO FUMAGALLI

Die Damen und Herren Ständeräte sind sich selten einig. In einem Punkt jedoch fanden sich bei der gestrigen Debatte rund um die Schweizer Atomkraftwerke, die im Rahmen der «Energiestrategie 2050» stattfand (siehe Text unten), jedoch alle: Bei der Sicherheit. Das klang dann etwa so: «Die Sicherheit der Kernkraftwerke ist nicht verhandelbar» (Pascal Bruderer, SP/AG). «Die Sicherheit hat höchste Priorität, das ist für alle klar» (Georges Theiler, FDP/LU). «Sicherheit ist die höchste Maxime» (Thomas Minder, parteilos/SH). «Es muss alles getan werden, dass die Sicherheitsbestimmungen optimal, nicht minimal umgesetzt werden» (Felix Gutzwiller, FDP/ZH). «Wir sind in einem dicht besiedelten Land, also ist die Sicherheit zentral» (Doris Leuthard, Bundesrätin).

So einig sich die Ständeräte über das «Warum» waren, so verschieden beurteilten sie die Frage nach dem «Wie». In der mehrstündigen Debatte gaben insbesondere zwei Punkte zu reden: die von einer linken Minderheit geforderte Begrenzung der Laufzeit der beiden ältesten AKW. Und vor allem ein Kompromiss-

«Ein Gesetz, das sich bewährt hat, sollte man nicht grundlos ändern.»

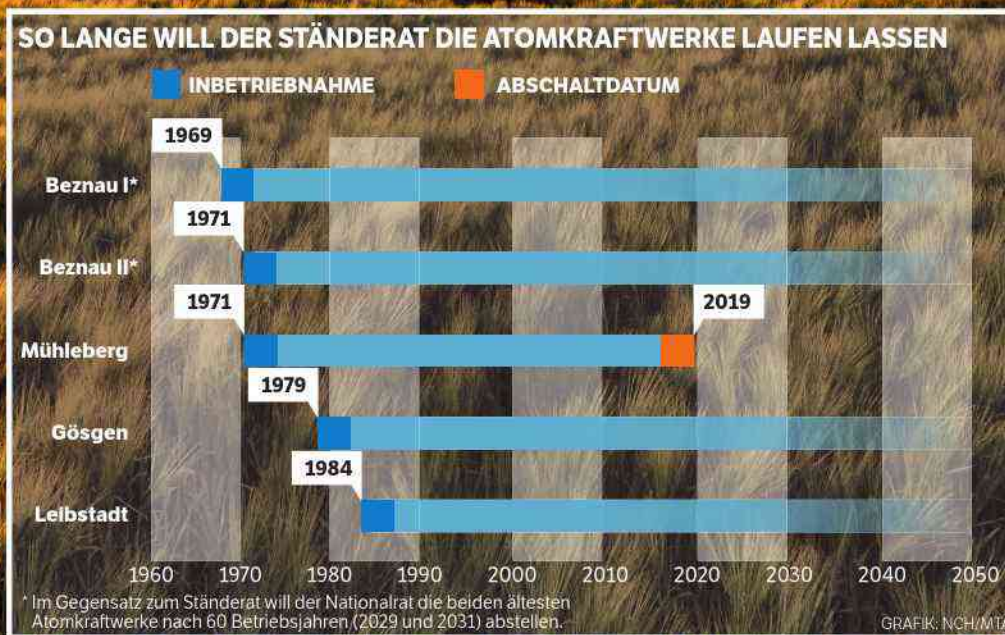
Georges Theiler Ständerat (FDP, LU)

vorschlag, den der Nationalrat gezimmt hatte. Unumstritten war einzig, dass in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden dürfen.

«Bewährtes Gesetz nicht ändern»

Die grosse Kammer schrieb im vergangenen Dezember das sogenannte «Langzeitbetriebskonzept» ins Kernenergiegesetz. Dieses besagt, dass die Bewilligungsinhaber der Schweizer Atomkraftwerke nach vierzig Betriebsjahren der Nuklearsicherheitsbehörde (Ensi) ein Konzept vorlegen müssen, das für die verbleibende Laufzeit die Sicherheit gewährleistet. Konkret hätten die Betreiber Angaben zur geplanten Betriebsdauer, über die Sicherheitsmargen bei relevanten Anlageteilen und zu geplanten Nachrüstungen einreichen müssen. Das Ensi hätte in der Folge - sofern es die Unterlagen als genügend erachtet hätte - den Betrieb des AKWs für weitere zehn Jahre erlaubt.

In der ständerätlichen Kommission scheiterte dieses Konzept, welches die Sicherheitsbehörde selbst gefordert hatte, noch knapp. Im Plenum sprach sich gestern mit 25 zu 20 Stimmen aber doch eine klare Mehrheit gegen das



Langzeitbetriebskonzept aus. Dabei ging es ums Grundsätzliche: «Ein Gesetz, das sich bewährt hat, sollte man nicht grundlos ändern», sagt etwa FDP-Mann Theiler. Die Gegner des nationalrätlichen Vorschlags bezweifelten aber insbesondere, dass mit dem Vorschlag die Sicherheit der AKW steigen würde. So befürchtete Roland Eberle (SVP/TG), dass das Langzeitbetriebskonzept juristische und finanzielle Unsicherheiten mit sich bringen würde. Zudem würden vonseiten der Betreiber Entschädigungsforderungen in unbekannter Höhe gestellt.

Ebenfalls nichts wissen wollte der Ständerat von einer Begrenzung der AKW-Laufzeiten. Der Nationalrat hatte sich im Dezember noch dafür ausgesprochen, dass Beznau I und II, die seit 1969 respektive 1971 in Betrieb sind, nach sechzig Jahren vom Netz gehen müssen. Für eine deutliche Mehrheit des Ständerats würde eine solche Regelung aber mehr Unsicherheit bringen - weil die AKW-Betreiber nicht mehr gleich viel Aufwand aufbringen würden, wenn

«Der Ständerat hat den Ausstieg vom Ausstieg beschlossen.»

Regula Rytz Nationalrätin (Grüne, BE)

sie genau wüssten, wann ihr Werk abgeschaltet wird. Verena Diener etwa zog den Vergleich zu Schweden: «Dort wurde erst wieder investiert, nachdem der Entscheid des Atomausstiegs rückgängig gemacht worden war.» Man dürfe die Schweizer AKW nicht «verlottern lassen», so die Zürcher Grünliberale.

Mehrheit derzeit für Grünen-Initiative

Besonders empört vom Ständeratsentscheid zeigte sich gestern Abend die Grüne Partei. Co-Präsidentin Regula Rytz sprach vom «Worst-Case-Szenario». Der Ständerat habe soeben den «Ausstieg vom Ausstieg» beschlossen und zahlreiche Parlamentarier würden sich nicht mehr an ihre Versprechen vor den letzten Wahlen erinnern. Doch die Grünen haben einen Trumpf in der Hinterhand: Ihre hängige Atomausstiegsinitiative, welche für die AKW maximale Laufzeiten von 45 Jahren vorsieht. Wenn das im Dezember neu zusammengesetzte Parlament die «Fehlentscheidung» des aktuellen Gremiums nicht «korrigieren» werde, bringe man die Initiative vors Volk, schreibt die Partei. Und die Erfolgchancen des Begehrens, das voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2016 zur Abstimmung kommt, scheinen intakt: Eine kürzlich durchgeführte GFS-Studie ergab, dass derzeit sieben von zehn Befragten eine fixe Beschränkung der AKW-Laufzeiten befürworten.

So entschied der Ständerat

Die Energiestrategie 2050 ist ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Massnahmen. Die kleine Kammer hat der Vorlage die Zähne gezogen.

VON ANNA WANNER

Was hat sich nach der dreitägigen Debatte im Ständerat ergeben? Unter dem Strich unterstützt die kleine Kammer die Wasserkraft stärker, dafür hat sie bei den Effizienzzielen Abstriche gemacht. Und sie will die Atomkraftwerke länger am Leben halten. Allerdings haben die Gesetze erst Gültigkeit, wenn sich National- und Ständerat einig werden. Was bisher entschieden wurde:

- Der **Strompreis** wird voraussichtlich 2019 um 0,2 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Bereits heute werden 2,1 Rappen abgezwickelt, um erneuerbare Energien zu fördern. Die Abgabe heisst kostendeckende Einspeisevergütung (KEV). Über diese werden Fördermittel für Sonnen- und Windenergie, Geothermie sowie Biomasse finanziert. Beide Räte wollen die KEV nun auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöhen. Umstritten ist noch, inwiefern

auch die Wasserkraft von den Fördermitteln profitieren soll. Der Ständerat will nicht nur Kleinkraftwerke, sondern auch bestehende Betreiber der Grosswasserkraft, die in Not geraten, unterstützen. Allerdings wäre die KEV-Abgabe zeitlich befristet.

- CO₂-Reduktion** Autos, die neu in Verkehr gesetzt werden, dürfen nicht mehr als 95 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer ausstossen. Heute liegt die Limite bei maximal 130 Gramm. Lieferwagen und leichte Sattelschlepper sind ebenfalls betroffen: Die Toleranzgrenze wird von 175 auf 147 Gramm CO₂ pro Kilometer gesenkt. Im Gegenzug verzichtet der Ständerat darauf, die CO₂-Abgabe (Heizöl, Benzin) von 60 auf 84 Franken pro Tonne CO₂ zu erhöhen.

- Firmen dürfen weiterhin günstigen Kohle-, Öl- oder Gasstrom aus dem Ausland beziehen. Der Ständerat lehnte die sogenannte **Dreckstrom-Abgabe** ab.

- Höhere Energieeffizienz** ist gemäss Doris Leuthard der Pfeiler der Energiestrategie: Nur wenn wir weniger verbrauchen, können wir uns von Atomstrom und fossilen Energieträgern wie Öl und Kohle lösen. Im Vergleich zum Nationalrat hat der Ständerat die Effizienz-

zielen aber verwässert - etwa bei der Heizung und der Gebäudetechnik, die beide viel Energie fressen.

- Obwohl Bedenken des Naturschutzes und des Nutzens vorgetragen wurden, will der Ständerat auch den **Neubau kleiner Wasserkraftwerke** fördern. Der Nationalrat muss hierzu allerdings noch seinen Segen geben.

- Der Ständerat lehnte das **Bonus-Malus-System** des Nationalrats ab, wonach Netzbetreiber belohnt werden, die Strom sparen, und jene bestraft, die Effizienzziele verpassen.

- Parlament und Regierung wollen, dass keine weiteren **Atomkraftwerke** gebaut werden. Für 2035 hat der Nationalrat 14 500 Gigawattstunden als Richtwert festgelegt, der Ständerat geht davon aus, dass bis dahin lediglich 11 400 Gigawattstunden aus erneuerbarer Energie produziert werden können.

- Die Ziele zur **Verwendung erneuerbarer Energien** wurden redimensioniert: Bis 2020 liegt das Ziel bei 4400 Gigawattstunden. Für 2035 hat der Nationalrat 14 500 Gigawattstunden als Richtwert festgelegt, der Ständerat geht davon aus, dass bis dahin lediglich 11 400 Gigawattstunden aus erneuerbarer Energie produziert werden können.

Ein Praliné für die Bundesrätin

Doris Leuthard verteidigt die Energiestrategie gegen Angriffe aus der Wirtschaft - und wird dafür belohnt.

Der Glarner SVP-Ständerat Werner Hösl und einzelne Mitstreiter machten es sich in den letzten drei Tagen zur Aufgabe, die Energiestrategie «wirtschaftsfreundlich» zu gestalten. In erster Linie hiess das, Kernanliegen zu streichen. Die Kontrahentin: Doris Leuthard. Die Bundesrätin, welche die Energiewende einleitete, das Projekt gestaltete und jetzt vor dem Parlament verteidigen muss. Und das macht sie mit Verve: Leuthard versuchte nicht nur, die Zweifel der Wirtschaftsvertreter zu zerstreuen. Sie hielt ihnen den Spiegel vor. So seien Energiekosten weniger relevant als vor 35 Jahren: Sie sanken von 7,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (1980)



Doris Leuthard.

auf 4,7 Prozent. 2014 wurden im Vergleich zum Vorjahr 2,7 Milliarden Franken Energiekosten eingespart.

Hösl und sein Schwyzer Kollege Peter Föhn liessen sich nicht so leicht abspesen. Sie argumentierten aus der Perspektive der Betroffenen: KMU würden höhere Stromabgaben nicht tragen können. Deshalb sei eine Anhebung des Strompreises um 0,2 Rappen abzulehnen. Also rechnete Leuthard vor: Der Preis für Strom schwanke je nach Gemeinde in Glarus zwischen 16,68 und 19,29 Rappen, in Schwyz gebe es dieselben Unterschiede. Sie fragte: «Ist die Erhöhung um 0,2 Rappen relevant? Ist der Standort nicht relevanter?»

So bekamen die Ständeräte ihr Fett weg. Apropos: Hösl hat die Bundesrätin möglicherweise selbst zu Höchstleistungen angetrieben. Am Montag, als die Debatte fast bis zehn Uhr nachts andauerte, schlenderte der Glarner mit einer Schachtel Pralinés durch den Saal, zu Leuthards Pult und offerierte ihr ein Stück Schokolade. Ob er sie mildestimmen wollte? Falls Ja, ist der Besänftigungsversuch mächtig in die Hose gegangen. Denn das Praliné verlieh ihr die Energie, um richtig aus dem Vollen zu schöpfen. (WAN)